

Taliban kündigen Schließung aller NGOs mit afghanischen Frauen an

Die Taliban kündigen an, alle NGOs, die afghanische Frauen beschäftigen, zu schließen – ein weiterer Rückschritt für die Frauenrechte im Land. Die UN äußert Besorgnis über die wachsende humanitäre Krise.



Die Taliban haben angekündigt, alle nationalen und ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Afghanistan, die Frauen beschäftigen, zu schließen. Dies ist der jüngste Schritt zur Einschränkung der Rechte von Frauen seit ihrer Machtübernahme im August 2021.

Hintergrund der Ankündigung

Die Bekanntgabe erfolgt **zwei Jahre nachdem** die Taliban NGOs aufgefordert haben, die Beschäftigung von afghanischen Frauen auszusetzen, angeblich weil sie den islamischen Kopftuch nicht korrekt trugen.

Aussagen der Taliban und der UN

In einem am Sonntagabend auf X veröffentlichten Schreiben warnte das Wirtschaftsministerium, dass die Nichteinhaltung dieser neuen Anordnung dazu führen würde, dass NGOs ihre Betriebserlaubnis in Afghanistan verlieren. Die Vereinten Nationen bemerkten, dass der Raum für Frauen in Afghanistan in den letzten zwei Jahren drastisch geschrumpft ist, und erneuerten ihren Aufruf an die Taliban, diese Einschränkungen rückgängig zu machen.

„Das hat erhebliche Auswirkungen darauf, wie wir lebensrettende humanitäre Hilfe für alle Menschen in Afghanistan leisten können“, sagte die stellvertretende UN-Sprecherin Florencia Soto Nino-Martinez. „Wir sind sehr besorgt über die Tatsache, dass wir von einem Land sprechen, in dem die Rechte der Hälfte der Bevölkerung geleugnet werden und viele in Armut leben. Viele von ihnen, nicht nur Frauen, stehen vor einer humanitären Krise.“

Kontrolle der NGO-Aktivitäten durch die Taliban

Das Wirtschaftsministerium erklärte, dass es für die Registrierung, Koordination, Leitung und Aufsicht aller Aktivitäten von nationalen und ausländischen Organisationen verantwortlich sei. In dem Schreiben wurde erneut angeordnet, sämtliche weibliche Arbeitskräfte in Institutionen, die nicht von den Taliban kontrolliert werden, abzuziehen.

„Im Falle mangelnder Kooperation werden alle Aktivitäten dieser Institution eingestellt und die Betriebserlaubnis, die von dem Ministerium erteilt wurde, wird ebenfalls entzogen“, hieß es in dem Schreiben weiter. Dies ist der neueste Versuch der Taliban, NGOs **zu kontrollieren** oder **einzugreifen**.

Herausforderungen für humanitäre Einsätze

Zu Beginn dieses Monats berichtete der UN-Sicherheitsrat über einen Anstieg der Anzahl weiblicher afghanischer humanitärer Arbeiter, die an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert werden, obwohl die Hilfe weiterhin von grundlegender Bedeutung ist. Tom Fletcher, ein hochrangiger UN-Beamter, wies darauf hin, dass die Anzahl der humanitären Organisationen, die berichteten, dass ihr weibliches oder männliches Personal von der **Sittenpolizei der Taliban** aufgehalten wurde, ebenfalls gestiegen sei.

Die Taliban bestreiten, dass sie Hilfsorganisationen daran hindern, ihre Arbeit auszuführen oder in ihre Aktivitäten einzugreifen. Bereits jetzt haben sie Frauen von vielen Berufen und **den meisten öffentlichen Orten** ausgeschlossen und **ihnen den Bildungszugang** über die sechste Klasse hinaus verwehrt.

Neue Einschränkungen durch die Taliban-Führung

In einer weiteren Entwicklung hat der Taliban-Führer **Hibatullah Akhundzada** angeordnet, dass Gebäude keine Fenster haben sollen, die in Bereiche blicken, in denen Frauen sitzen oder stehen könnten. Gemäß einem am späten Samstag auf X veröffentlichten Dekret, gilt diese Anordnung sowohl für Neubauten als auch für bestehende Gebäude.

Folgen des Dekrets

Das Dekret besagt, dass Fenster nicht auf Bereiche wie Höhlen oder Küchen blicken sollen. Wenn ein Fenster in einen solchen Bereich blickt, muss die verantwortliche Person eine Möglichkeit finden, diese Sicht zu verdecken, um „Schaden zu vermeiden“, beispielsweise durch den Einbau einer Mauer, eines Zauns oder eines Sichtschutzes. Gemeinden und andere Behörden müssen den Bau neuer Gebäude überwachen, um zu verhindern, dass Fenster verbaut werden, die in oder über Wohngebiete schauen,

so das Dekret weiter.

Ein Sprecher des Ministeriums für Stadtentwicklung und Wohnungsbau war nicht sofort für einen Kommentar zu Akhundzadas Anweisungen erreichbar.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at